

# So geht es mit dem IGI Rißtal weiter

Biberacher Bauausschuss macht Weg für „wichtiges Etappenziel“ frei

Von Gerd Mägerle

---

## **Biberach**

Nach dem Warthäuser Gemeinderat hat sich auch der Bauausschuss des Biberacher Gemeinderats mit großer Mehrheit für die nächsten Schritte in Sachen Interkommunalem Industriegebiet (IGI) Rißtal bei Warthausen ausgesprochen. Gegenstimmen gab es von den Grünen. Man stehe jetzt kurz vor dem „wichtigen Etappenziel“ des Satzungsbeschlusses des Bebauungsplans, sagte der Biberacher Baubürgermeister Christian Kuhlmann. Die IGI-Verbandsversammlung soll diesen am 22. Dezember vollziehen.

Kuhlmann nannte auch einen groben Zeitplan, wie es nun mit dem IGI weitergeht: Aktuell laufe der noch notwendige Grunderwerb, 2023 solle der Tiefbau geplant und ausgeschrieben werden, und ab 2024/25 stünden für die Unternehmen dann baureife Grundstücke zur Verfügung.

„Der Entwicklungsdruck auf das IGI hat sich deutlich verstärkt. Der Bedarf ist sehr groß und sehr konkret“, sagte Kuhlmann. Dabei geht es um die Biberacher Firmen Liebherr und Handtmann. Beide wollen sich im IGI ansiedeln um an ihren heutigen Standorten im Süden Biberachs Kapazitäten freizuschöpfen und nachzuverdichten, erläuterte Kuhlmann.

Der Fokus im IGI liege auf der Produktion, Räumlichkeiten und Flächen für Schulung, Verkauf und Verwaltung seien eher zusätzliche Nutzungen, für die im Westen des IGI ein Sondergebiet ausgewiesen werde, so der Baubürgermeister.

Die Anregungen und Bedenken zum Bebauungsplanentwurf seien differenziert abgewogen und ernst genommen worden. „Es galt, Klimaschutz mit Wirtschaft in Einklang zu bringen. Hier werden sehr weitgehende Maßnahmen erbracht. Das kann ein modellhaftes Industriequartier werden“, sagte Kuhlmann. Dies alles sei in einem sehr guten Weg des Miteinanders erreicht worden.

Flavia Gutermann (Freie Wähler) signalisierte Zustimmung für ihre Fraktion. „Wir können so froh sein, dass es hiesige Firmen sind, die sich im IGI ansiedeln wollen. Sie garantieren unseren Wohlstand und halten durch die Arbeitsplätze die Menschen am Ort.“

Auch die SPD war für die Pläne. „Wir beschreiten einen Weg, der zumutbar ist“, sagte Lutz Keil und verwies insbesondere auf die vorgeschriebene Dachbegrünung der Firmengebäude. „Wir wollen heimische Firmen und ihre Mitarbeiter am Ort halten. Dabei dürfe man aber auch die kleineren und mittleren Firmen nicht vergessen. „Auch ihnen müssen wir Entwicklungsmöglichkeiten bieten.“

„Warthausen hat bereits zugestimmt, da ist es logisch, dass wir auch zustimmen“, sagte Günter Warth (FDP). Es brauche das IGI, um den Wohlstand der Region abzusichern. „Sonst gehen die Arbeitsplätze und Investitionen woanders hin.“ „Was wir hier machen, wird für ein Gewerbegebiet sehr vorzeigbar“, sagte Friedrich Kolesch (CDU). „Wir wollen, dass die Folgeinvestitionen dieser Firmen hier bleiben.“ Der beim IGI verfolgte interkommunale Ansatz sei künftig auch ein innovativer für andere Themen.

Am Beispiel IGI könne man sehen, wie das System von Flächennutzungsplänen funktioniere, meinte Silvia Sonntag (Grüne). Mit einem Zielabweichungsverfahren werde eine Fläche zum Industriegebiet, dann ein Teil davon zum Sondergebiet. „Man biegt es sich ein bisschen hin, wie man's braucht.“

Sie wundere sich, warum das Thema Gründächer und Fassadenbegrünung im IGI so hervorgehoben werde. „Das ist hier doch logisch“, so Sonntag. Und PV-Anlagen seien nicht nur erlaubt, „dafür gibt es eine Pflicht“. Ziel bei der Flächenversiegelung sei in Baden-Württemberg eine Netto-Null. „Davon sind wir hier weit entfernt“, so Sonntag. Ihre Fraktion könne deshalb nicht zustimmen.

---